

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: G-30-186/22

Aktenzeichen:

Amt: Bauen
Datum: 02.05.2022
Version: 1

zu behandeln in:
öffentlicher Sitzung
nicht öffentl. Sitzung

X

Betreff: 1. Änderung Bebauungsplan „Kirchfeld“ - Satzungsbeschluss**Kurzinfo zum Beschluss****Finanzielle Auswirkungen: Nein**

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Eigenanteil: € Objektbezogene Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: **Nein** mit €

Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:

Unterschrift Kämmerer

geprüft und bestätigt:

Amtsleiter

Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
----------------	---------	---------	------	-------	------	-------	-------------

BA	1	17.05.2022					
----	---	------------	--	--	--	--	--

GV	1						
----	---	--	--	--	--	--	--

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite
Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der GV

Beschluss-Nr.: G-30-186/22

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung Golzow beschließt die 1. Änderung des Bebauungsplans „Kirchfeld“ in Golzow in der Fassung „Satzung, Mai 2022“ bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung (Stand: Mai 2022), der Verkehrstechnischen Untersuchung (Stand: Okt. 2020), der Verkehrszählung (Stand: Sept. 2020), der Auswirkungsanalyse zur Verträglichkeit umliegender Gewerbe (Stand: März 2022), der Baugrunduntersuchung (Stand: August 2020), dem landschaftspflegerischen Fachgutachten Artenschutz (Stand: Okt. 2020), der schalltechnischen Untersuchung (Stand: Okt. 2020) und der Unterlage zur Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 9 UVPG – Feststellung der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung (Stand: Nov. 2020) als Satzung und billigt die Begründung.

Der Amtsdirektor wird beauftragt, den Bebauungsplan beim Landkreis Potsdam-Mittelmark anzuzeigen und die Schlussbekanntmachung durchzuführen.

Mitwirkungsverbot:

Aufgrund des § 22 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg haben folgende Gemeindevertreter weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt:

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der GV

Begründung

Die Gemeindevertretung Golzow hat in ihrer öffentlichen Sitzung am 19. Mai 2020 die 1. Änderung des Bebauungsplans „Kirchfeld“ beschlossen (G-30-54/20). Die Änderung gilt für den Bereich „Verbrauchermarkt Brandenburger Straße“ und umfasst auf den Flurstücken 256 und 261 in der Flur 3 der Gemarkung Pernitz eine Gesamtfläche von ca. 9.585 m².

Das Planungsziel ist die städtebaulich sinnvolle Entwicklung des Gemeindegebietes durch Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung eines großflächigen

Einzelhandelsgeschäftes mit umfangreichem Sortiment in verkehrstechnisch günstiger Lage.

Das Verfahren wurde entsprechend § 13 a BauGB als vereinfachtes Verfahren für Flächen der Innenentwicklung durchgeführt, da die Grundzüge der Planung durch die beabsichtigte Änderung nicht berührt wurden. Auf die Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 sowie die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB wurde verzichtet.

Die förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte in der Zeit vom 17.01.2022 bis einschließlich 18.02.2022. Den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde in der Zeit vom 13.01.2022 bis einschließlich 21.02.2022 (im Einzelfall Fristverlängerung bis zum 28.02.2022) Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Die 6. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) erfolgte im Parallelverfahren. Mit der 6. Änderung des FNP wurde ein Sondergebiet „großflächiger Einzelhandel“ ausgewiesen sowie ein „zentraler Versorgungsbereich“ in der Gemeinde Golzow festgelegt. Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans „Kirchfeld“ ist innerhalb dieses festgelegten Zentralen Versorgungsbereiches gelegen.

Die 6. Änderung des FNP bedarf der Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde – dem Landkreis Potsdam-Mittelmark.

Nach erteilter Genehmigung der 6. Änderung des FNP, unterliegt der Bebauungsplan keinem weiteren Genehmigungsbedürfnis. Er ist somit aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Gemäß § 10 Abs. 3 S. 1 BauGB ist der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan durch die Gemeinde ortsüblich bekannt zu machen. Mit der Schlussbekanntmachung im Amtsblatt und der darin enthaltenen Information, wo der Bebauungsplan zu jedermanns Einsichtnahme bereitgehalten wird, tritt die 1. Änderung des Bebauungsplans „Kirchfeld“ in Kraft.